

---

## ÖFFENTLICHER TEIL

### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit der Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die stellv. Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Sie stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

### **2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 16.06.2008**

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 16.06.2008 wird in der vorliegenden Form einstimmig genehmigt.

### **3 Gibt es eine sinnvolle Surveillance für den Landkreis Wesermarsch als Konsequenz aus der KiKK-Studie ? Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen**

Frau Dr. Unger (NLGA) berichtet anhand einer Präsentation über Ergebnisse aus dem Epidemiologischen Krebsregister Niedersachsen. Herr Kieschke stellt hierzu weitere statistische Zahlen aus dem Jahresbericht 2004 (letzter Bericht) vor.

Die Präsentationen sind dem Protokoll beigelegt. Weiterhin ist eine Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz aus 2008 mit dem Thema „Häufigkeit von Krebs bei Kindern in der Umgebung von Kernkraftwerken“ beigelegt.

Im Anschluss an die Präsentationen erfolgte eine weitere Diskussion zu diesem Thema.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

§§ 03

### **4 Mitteilungen der Verwaltung**

Es erfolgen keine Mitteilungen seitens der Verwaltung.

### **5 Gemeinsame Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene „Fürsorgestelle Nordwest“**

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Gründung einer gemeinsamen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages nach dem Nds. Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (NkomZG) mit anderen Landkreisen wird zugestimmt.

### **6 Bericht zum Budget Fachdienst 50 - Soziales**

Derzeit bestehen noch erhebliche Unsicherheiten im Budgetverlauf des FD 50 auch unter Berücksichtigung der politischen Kürzungen für das Jahr 2008, um objektive

Zahlen präsentieren zu können. Die Verwaltung wird daher im Kreisausschuss am 27.10.2008 berichten. Dabei werden u.a. die 3 größten Kostenblöcke detailliert dargestellt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

\$\$ 03

## 7 Verschiedenes

Frau Hanke sprach das Thema bürgerfreundliches Verhalten der Verwaltung anhand eines Beispiels eines Bürgers aus der Gem. Lemwerder an, der Formularvordrucke benötigte. Hier wäre es evtl. wegen der langen Wegstrecke ratsam, diese Formulare zur Aushändigung auch bei der Gemeinde vorrätig zu halten. Das genannte Beispiel spiegelte einen Vorgang aus dem Zuständigkeitsbereich der Bundesagentur für Arbeit wieder. Herr Bittner teilte hierzu mit, dass dieser Vorgang nicht in der Zuständigkeit des Landkreises liege, die Angelegenheit müsste ggf. seitens der Gemeinde direkt mit der Bundesagentur (Herrn Thielemann) geklärt werden. Soweit der Landkreis mit Vordrucken (z.B. Kosten der Unterkunft) in eigener Zuständigkeit Regelungen treffen kann, bestehen keine Bedenken, die Vordrucke zwecks Ausgabe an Bürger der Gemeinde zur Verfügung zu stellen.

---

Esche (stellv. Ausschussvorsitzende)

---

Hermes (Protokollführer)